

Wossfische



Zeitung

Königlich privilegierte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen.

Die Vossische Zeitung erscheint täglich zweimal (morgens und abends), an Sonn- und Festtagen nur einmal. Beilagen und Seiten-Rubriken: Grundstücks-, Hypotheken- und Geldverkehr (täglich), Sport-Nachrichten (Montags früh), Literarische Umschau, Für Reisen und Wanderung, Gross-Berlin, Wissenschaftliche Sonntagsbeilage, Aus der Frauenwelt. Man abonniert für auswärts bei allen Postanstalten Deutschlands, Österreich-Ungarns etc. (Post-Zeitungspreisliste S. 222), für Gross-Berlin bei allen Zeitungs-spediteuren sowie in der Haupt-Expedition und in den nebenstehend aufgeführten Filialen.

Bezugspreis: für Gross-Berlin durch die Zeitungs-spediteure monatlich 2 M. 70 Pf. bei täglich zweimaliger freier Zustellung, durch die Post monatlich 2 M. 60 Pf. oder vierteljährlich 7 M. 60 Pf. aussch. Bestellgebühr. Anzeigenpreis pro Zeile: Für die Morgenausgabe 60 Pf., Montagsausgabe und für Reise und Wanderung 60 Pf., Abendausgabe 70 Pf. in übrigen Berechnung nach Schriftarten laut Tarif. — Haupt-Expedition: C. 2 Breite Str. 8/9. Filial-Expeditionen: W. 9 Potsdamer Str. 134 a. W. 50 Tauentzienstr. 7, W. 62 Luthenstr. 21, S. 14 Neue Köstr. 18, O. 27 Holzmarktstr. 13. Telefon-Anschlüsse: (Telephon-Zentrale im Hause) Amt Zentrum 1255, 1543, 7482, 7900, für Ferngespräche Amt Zentrum 10640, 10641.

Im Verlage Wossfischer Erben.

Haupt-Geschäftsstelle Breite Straße 8/9, Berlin C.

Verantwortl. Redakteur (mit Ausnahme des Samstags) Hermann Bachmann in Berlin.

Volkserhebung gegen das Kabinett Kaifura.

In den ersten Dezembertagen des vergangenen Jahres sah sich das Kabinett Saionji veranlaßt, seine Entlassung zu geben. Grund hierfür war die Unersättlichkeit der Militärpartei, die durch immer neue Forderungen seit Jahren jede vernünftige Bilanzierung des Staatsbudgets unmöglich gemacht und auch jetzt das neue Budget durch ihr Verlangen nach Aufstellung zweier neuer Divisionen für Korea sowie durch ihr Neubauprogramm für die Kriegsmarine ins Schwanken gebracht hatte. Um des Phantoms vom japanischen Imperialismus willen ist in den letzten Jahren die ganze Finanzwirtschaft des Landes bis an den Rand des Abgrundes gebracht worden. Während Phantasten, denen der reale Untergrund der wirklichen Bedingungen fehlte, sich schon an der Spitze eines „Mittels für die Afsien“ saßen, verhängerte das Volk. Die fortschreitende Verarmung der japanischen Land- und Stadtbewölkerung hat zu dem Entschluß einer sozialistischen und anarchoischen Strömung geführt, die früher gänzlich unbekannt gewesen waren. Die Steuern und die Kosten der Lebensmittelpolitik stiegen ins Ungemessene, die Steigerung der Löhne hielt damit nicht Schritt. Eine immer stärker anwachsende Spannung und Erbitterung bemächtigte sich der breiten Schichten des Volkes, die und durch die in Japan übliche fast religiöse Verehrung des Kaisers zurückgehalten wurde.

Da sich eine Rekonstruktion des Ministeriums Saionji als unmöglich erwies, weil sich kein Kriegsminister fand, der gegen die militärische Auktorität aufzutreten wagte, verfiel die Krone faule de mieux auf den Fürsten Kaifura, von dessen Bewandlung man sich eine Vermittlungswaltung und ein Kompromiß erhoffte. Tatsächlich begann denn auch Kaifura mit heftigen Sparmassenklärungen. Die japanische Armeevermehrung sollte um ein Jahr zurückgelegt werden, was also für den Augenblick feststellte. Nicht so aber die bedeutenden Marineforderungen, die gleich in den ersten Tagen des Kabinetts zu einer teilweisen, und nur durch persönlichen Eingreifen des Kaisers wieder verlesserten Krise führten. Im Volk aber misstrauete man dem alten Fürsten Kaifura, an dessen Stunden wieder der heiligen Geist der Staatsfinanzen man sich aus der Zeit seiner Finanzministerzeit noch zu genug erinnerte. Auch das Parlament konnte sich dieser Stimmung nicht verschließen. Die Kammer sprach dem Fürsten zwar nicht seinen Tag seiner Fortstellung, wie zuerst behauptet, doch nur wenig später ihr Mißtrauen aus, das sich vor allem auch gegen seinen Rang zur absolutistischen Manier richtete. Kaifura antwortete prompt mit der Vertagung des Hauses. Er wollte versuchen, sich eine eigene Partei zu schaffen. Gelänge das nicht, so gäbe es Neuwahlen, die natürlich unter dem kräftigen Druck der Regierung statgefunden hätten. Gestern, am 10. Februar, war die Vertagungsfrist der Kammer abgelaufen. Es ist bisher nicht gemeldet worden, wie es mit der Geburt der neuen Kabinettsparthei gegangen, und ob das unbehagliche Parlament aufgelöst worden ist. Die Erregung der Bevölkerung aber, die aufs höchste gestiegen war, hat sich gestern in gewaltigen Kundgebungen gegen Kaifura Luft gemacht. Sie ist nach dem Morgensaufbruch auf den Fürsten Yamagata vom Weichnachtsabend 1912 nur ein weiteres Sturmzeichen, wobei das „größere Japan“ treibt, wenn es nicht bald zu einem Kurs des Selbstbeschneidens und der Genugtuung zurückkehrt.

10. Februar (Deutsche Kabelgr.-Ges.) Im Laufe des Nachmittags und des Abends kam es zu gegen das Kabinett gerichteten Volksausführungen. Die Räumlichkeiten der regierungsräumlichen Zeitungen wurden zerstört. Die Menge verurteilte verheerend die Feuer anzulegen. Der größte Aufruhr erfolgte vor dem Gebäude der Zeitung „Kokumin“. Das Zeitungspersonal machte einen Ausfall und hieb mit Säbeln auf die Menge ein, von der viele verwundet wurden. Aus den Fenstern des Gebäudes wurden Schüsse auf die Menge abgefeuert, durch die drei Personen getötet wurden. Der Aufruhr dauert noch an. Die Menge fordert die Verhaftung des Ministers.

10. Februar. Nach einer eilig zusammenberufenen Ministerkonferenz ist heute das Abgeordnetenhause, als es im Begriffe war, sich zu versammeln, durch einen kaiserlichen Erlass vertagt worden. Die dem Parlamentsgebäude benachbarten Straßen sind von einer leidenschaftlich erzeugten Menge überfüllt; Gendarmen unterstützen die Polizei bei Aufrechterhaltung der Ordnung.

10. Februar. Als Saionji, der Führer der Opposition, gestern abend im kaiserlichen Palast war, übergab ihm der Kaiser ein Schreiben, worin er ihm befehligt, sich zu bemühen, die außerordentlich schwierige politische Lage zu mildern, womit gelangt sein sollte, daß die Partei der Seiwakai des Mißtrauensvotum lassen sollte. Daraufhin beriet Saionji mit den Parteiführern. Das Ergebnis der Beratung ist anscheinend eine Spaltung der Partei der Seiwakai. Die für die Aufrechterhaltung des Mißtrauensvotums sind, wurden von

dem Führer der Kokumin-Partei unterstützt, der sagte, er würde ein eigenes Mißtrauensvotum einbringen, wenn die Seiwakai das eigene fallen ließen.

Trotz eines starken Polizeiaufgebots sammelte sich heute eine große Menschenmenge in der Nähe des Parlamentsgebäudes. Die Ministerkisten wurden ausgediebt, und auf die Oppositionellen wurden Schüsse ausgebracht. Schließlich gelang es der Polizei, die Menge zu zerstreuen. Fünfzehn Personen wurden dabei verletzt. Inzwischen hatten sich die Mitglieder der Seiwakai-Partei auf den Ballonen des Parlamentsgebäudes versammelt; auf die Freudenrufe des Volkes antworteten sie mit Hochrufen, die mit Rufen wie: „Im Ausland handelt man so!“, „Sind wir in Ausland?“ abwechselten.

Um 1 Uhr nachmittags wurde dann, wie bereits gemeldet, das kaiserliche Reskript über die Vertagung des Hauses verlesen.

10. Februar. (Deutsche Kabelgr.-Ges.) Der Reichstag ist abernals auf drei Tage vertagt worden. In Tokio sind Unruhen; der Abbel hat die Räumlichkeiten der Zeitung „Mitsko“ in Brand gesetzt. Der Rücktritt des Kabinetts wird in Kürze erwartet.

Die Verlobung im Kaiserhause.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht in einer Extrausgabe folgende Bekanntmachung:

Am großherzoglich badischen Hofe in Karlsruhe hat am heutigen Tage die Verlobung der einzigen Tochter Ihrer kaiserlichen und königlichen Majestäten, der Prinzessin Viktoria Luise Adalheid Mathilde Charlotte von Preußen, königlichen Hoheit, mit Seiner königlichen Hoheit dem Prinzen Ernst August Herzog von Braunschweig und Lüneburg mit Genehmigung Seiner königlichen Hoheit des Herzogs von Cumberland stattgefunden. Auf Allerhöchsten Befehl wird dieses frohe Ereignis hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Karlsruhe, 10. Februar 1913. Der Minister des königlichen Hauses. Im Allerhöchsten Auftrage: Graf zu Culenburg.

Karlsruhe, 10. Februar. Eigener Drahtbericht unserer Korrespondenten) Das Militär-Luftschiff „Erlag L. Z. I“ stieg heute nachmittags 4 Uhr in Baden-Dos zu einer Fahrt nach Karlsruhe auf, erliefen gegen 2 1/2 Uhr über dem Zentrum der Stadt und umschrieb zur Begrüßung der kaiserlichen Familie mehrere große Schleifen über dem Reichsbahnhof. Der Kaiser sah vom Fenster des Schlosses aus der Begrüßung des Luftschiffes zu. Um 5 Uhr kehrte das Luftschiff wieder nach Baden-Dos zurück. Kurz nach 5 Uhr wurde dann beim Prinzen und der Prinzessin Max von Baden der Tee eingenommen. Anwesend waren u. a. das Kaiserpaar, das Großherzogpaar, Prinzessin Viktoria Luise, Prinz Oskar sowie Prinz Ernst August von Cumberland. Die Berliner Meldung, daß der „Reichsanzeiger“ morgen die Verlobung der Prinzessin Viktoria Luise mit dem Prinzen Ernst August verkünden werde, wurde kurz nach 7 Uhr abends von den heutigen Zeitungen durch Extrablatt bekanntgegeben. Um 8 Uhr abends war im Stadtpalais große Galafest Morgen, Dienstag, vormittags, 10 1/2 Uhr, findet auf dem Schloßpavillon eine Parade der gesamten Garnison vor dem Kaiser statt. Die Abreise des Kaiserpaars ist für morgen abend angelegt.

Karlsruhe, 10. Februar. Heute mittag fand bei der Großherzogin Luise im großherzoglichen Schloß Familienfrühstück statt. Den Tee nahmen die Herrschaften beim Prinzen Max, zur Abendstunde werden dieselben im großherzoglichen Palais erscheinen.

Die Haltung der Welsen.

Der Führer der Deutsch-Hannoveraner im Reichstag, Herr v. Schele ist, wie wir erfahren, telegraphisch nach Karlsruhe gereisen worden, wo er bereits gestern eingetroffen ist. Ueber die Stimmung in welschen Kreisen, für die eine Verlobung der Prinzessin Viktoria Luise mit dem einzigen Sohn des Herzogs von Cumberland eine Entscheidung bedeuten würde, wird und von einer im welschen Lager sehr angelegenen Persönlichkeit mitgeteilt, daß eine Lösung der Braunschweiger Frage auch den Streit um Hannover bedeuten würde. Was aus der welschen Partei dann würde, sei vorläufig noch sehr ungewiß, da die Partei aus politisch und religiös sehr verschieden gearteten Elementen zusammengesetzt ist.

Die Stimmung in Braunschweig.

Braunschweig, 10. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Wie wohl sich in ganz Deutschland, so beliebt auch ganz besonders hier nach einer endgültigen Besetzung der braunschweigischen Kronfolgersfrage, und da eine solche unter Umgehung des Cumberlandischen Hauses schwer denkbar ist, so würde man hier auch in nationalliberalen Kreisen eine Auslösung des Kaiserthrones mit dem Herzog von Cumberland und die Herbeiführung dauerter Verhältnisse in Braunschweig mit Freuden begrüßen. Was die welschen Kreise anbetriift, so

ist zunächst zu berücksichtigen, daß die Welsen hier nur zwei kleine Blättchen haben, von denen das eine allmählich, das andere nur alle 14 Tage erscheint, so daß also über die Stimmung in diesen Kreisen bisher nicht bekannt ist. Nach meiner Kenntnis der Verhältnisse aber glaube ich, daß man auch in welschen Kreisen mit großer Wehrheit eine Auslösung ebenfalls freudig begrüßen würde, denn, von wenigen extremen Führern abgesehen, weisen die braunschweigischen Welsen jede Gemeinschaft mit den hannoverschen Welsen zurück und würden auch gar nichts gegen einen Verzicht des Hauses Cumberland auf Hannover einzunehmen haben.

Ueber die Aufnahme der Nachricht in den Welschenkreisen Hannovers wird uns berichtet:

Hannover, 10. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Hier bilden die bevorstehende Verlobung heute überall das Tagesgespräch. Die Welschen, die regelmäßig die Welsen verkehren, sind überfüllt. Die Zeitungskorrespondenten werden mit telefonischen Anfragen aus der Provinz bestrahlt, namentlich aus dem welschen Lager der Dünaburger Geide kommen Anfragen, ob die Verlobung schon offiziell sei. Eine bessere Lösung wie die jetzige, so sagten mit einige welsche Führer, konnte der Kaiser für die welsche Frage gar nicht finden. Einige welsche Älteste, die dem Herzog besonders nahestehen, haben hervor, mit welcher Herzlichkeit und Hochachtung der Herzog von der eitterlichen Art des Kaisers sprach, mit der dieser beim Tode des Prinzen Wilhelm der herzoglichen Familie kein Beileid ausdrückte. Die hiesigen Abendzeitungen bringen über die Heise des Kaiserpaars nach Karlsruhe lediglich die Berliner Meldungen ohne Kommentare. Die welsche „Neuzeitliche Volkszeitung“ befragt sich auf eine kurze telegraphische Nachricht über die Ankunft des Kaiserpaars in Karlsruhe.

Die Schlacht bei Bulair.

Sofia, 10. Februar. Zu den vorgelegten Kämpfen bei Bulair meldet die „Ag. Bulg.“ ergänzend:

Der Kampf am Spornabend war sehr heftig; nach einem stürmischen Angriff der Bulgaren wurden die Türken, die in der Richtung auf Bulair vorrückten, von der Wirkung der bulgarischen Artillerie und des Sturms der Infanterie auf die Feinde vor vernichtet; sie erlitten außerordentlich schwere Verluste und liegen auf dem Schlachtfeld eine Reihe, Wehige, Maschinengewehre, Waffen und viel Munition und sonstige Beute und Verwundete zurück. Unter den Toten befanden sich 20 türkische Offiziere. Auf bulgarischer Seite sind 412 Soldaten und 5 Offiziere verhandelt worden. 2 Offiziere sind tot; die Zahl der getöteten Soldaten ist noch nicht festgestellt worden, doch scheint sie unbedeutend zu sein.

Sofia, 10. Februar. (Eigener Drahtbericht) unseres Korrespondenten) Nach Radio-Telegrammen eines im Hafen von Gallipoli befindlichen fremden Schiffes soll unter dem Befehl des Gallipoli über die Nachricht von der türkischen (bisher nur von den Bulgaren gemeldet). Red.) Niederlage bei Bulair große Panik ausgebrochen sein. Soldaten und Zivilbevölkerung seien in Angst zum Hafen geflohen, um sich auf Schiffe zu retten. Hierbei seien viele, auch Weiber und Kinder, im Meer ertrunken.

Serben gegen Bulgaren.

Saloniki, 10. Februar. Die serbischen Behörden von Monastir entwarfen und wiesen systematisch alle Personen aus, die der revolutionären bulgarischen Organisation angehören oder der Teilnahme daran verdächtig sind. Es veranlaßt, daß man gewisse Mitglieder der Organisation verschwinden lasse. So sei der bulgarische Mittelschulprofessor Ruffow aus Saloniki auf geheimnisvolle Weise verschwunden, der in Briefen in einer Rede den Wunsch geäußert hatte, daß die Serben nicht lange bleiben möchten. Verschiedene bulgarische Bandenchefs haben Briefe und Monastir verlassen. Dagegen wird die Bestellung der griechisch-serbischen Belegungen an amtlichen Stellen befestigt.

Serbische Gesandtschaft.

Belgrad, 10. Februar. (Eigener Drahtbericht) unseres Korrespondenten) Trotz halbamtlicher Abweisung erklärt sich hier hartnäckig das Gerücht einer baldigen Einberufung der Stupskina. Es sollen ihre Nachtrags- und außerordentliche Kredite zur Genehmigung vorgelegt werden, ferner Gesandtschaft über die Prägung von Scheidemünzen, an denen es sehr fehlt, und über die Regelung der Saluta, sowie eine Novelle zum Berggesetz, die namentlich die Regelung der Schürfrechte, Konzessionen usw. im Bergbau gebiet zum Gegenstande hat.

Verhaftungen und Ausweisungen aus Konstantinopel.

Konstantinopel, 10. Februar. Die Zahl der aus Gründen der Staatssicherheit verhafteten verdächtigen griechischen Staatsangehörigen übersteigt zweihundert, von denen die meisten ausgewiesen werden sollen. Einige sind bereits aus der Haft entlassen worden, um morgen abreisen zu können. Es heißt, daß aus dem gleichen Grunde verhaftete Griechen und Bulgaren, die türkische Staatsangehörige sind, nach Sinope und anderen Städten Kleinasien verbannt wurden.